

Es gärt am Nil

In Ägypten läuft der Wahlkampf, und nach 30 Jahren Mubarak hat die Bevölkerung tatsächlich zum ersten Mal eine Wahl. Die seit 1981 regierende NDP sieht sich einem Herausforderer gegenüber, der für den politischen Wechsel steht: Muhammad El-Baradei – Die Muslimbrüder, stärkste Opposition im Lande, sind von der Parlamentswahl ausgeschlossen – Und zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrieren gegen Hungerlöhne und Privatisierung. Erstmals wurde eine unabhängige Gewerkschaft zugelassen

Peter Schäfer, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah

Wer sich für politische Veränderung interessiert, sollte sich jetzt mit – man glaubt es kaum – Ägypten beschäftigen. In dem mit über 81 Millionen Menschen bevölkerungsreichsten arabischen Land „werden in den nächsten zwei Jahren große Veränderungen stattfinden“. So sagte das ein ägyptischer Linker am 28. März, dem Tag der Heimkehr von Präsident Husni Mubarak (82) nach einem Krankenhausaufenthalt in Deutschland voraus. Und auch falls es stimmt, dass Mubaraks Tumor gutartig war: in Anbetracht seines hohen Alters wundert es nicht, dass das Land über die Nachfolge nachdenkt. Im Juni diesen Jahres wird der Shura-Rat (Oberhaus) und im Oktober das wichtigere Parlament (Unterhaus) neu gewählt. Und im September 2011 folgen dann die Präsidentschaftswahlen, zu denen zum zweiten Mal seit 2005 außer Mubarak weitere Bewerber zugelassen sind.

Und das sind die Kandidaten

Sollte Husni Mubarak 2011 nicht mehr antreten, sieht das realistische Szenario nach Ansicht der regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) so aus: Präsident wird der mächtige Geheimdienst-Chef **Omar Suleiman** (75), allerdings nur für den Übergang. Denn langfristig soll **Gamal Mubarak** (47), Sohn des derzeitigen Präsidenten, die Nachfolge antreten. Dieser wird in der Partei schon seit Jahren

auf eine Führungsrolle vorbereitet. Er steht dem Politischen Komitee der NDP vor, einem Gremium, das eigens für ihn eingerichtet wurde. Noch wird allerdings geschätzt, dass sein Rückhalt in NDP und Militär nicht groß genug ist. Der Investment-Banker ist vor allem in der Wirtschaftselite verankert, die jedoch im Zuge der Privatisierungswelle in Ägypten bereits großen Einfluss ausübt und „zur privaten Aneignung von Staatseigentum Zugang zur politischen Macht sucht“, so Professor Nadia Farah von der Amerikanischen Universität in Kairo. Und sie macht klar: „Angesichts eines solchen Privatisierungsprozesses sind, wenn überhaupt, nur wenige Angehörige der neuen Elite an Demokratisierung interessiert.“ⁱ Im derzeitigen, 454-köpfigen Parlament sitzen 77 Geschäftsleute. Sechs Minister sind Großunternehmer.

Falls aber Gamal Mubarak seine Machtbasis in diesem Jahr verbreitern kann, ist es auch nicht unwahrscheinlich, dass der Vater seinen Sohn ohne Umweg über Suleiman zum NDP-Kandidaten kürt. Eine von der RLS Ende März ad hoc durchgeführte, nicht repräsentative Umfrage unter den Taxifahrern Kairos zumindest zeigt, dass Gamal Mubarak gute Chancen hat. Die Familie sei durch die langjährige Auspressung des Landes bereits steinreich. Von einem Mubarak seien deshalb keine weiteren Kürzungen oder Korruptionsvorfälle zu erwarten.

Der Bewerber, auf den alle schauen, heißt jedoch **Muhammad El-Baradei** (67). Er war bis November 2009 renommierter Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und ist bekannt für seinen diplomatischen Ansatz im Hinblick auf das iranische Atomprogramm. „Veränderung ist unausweichlich“, so Baradei im Märzⁱ, „und das Regime sollte bereit sein, diese Tatsache zu akzeptieren, um eine Konfrontation mit der eigenen Bevölkerung zu vermeiden.“

Aber auch wenn die Reformgründe in Ägypten offensichtlich sind: Außenseiter Baradei muss die Wähler zunächst davon überzeugen, dass er in der Lage ist, 30 Jahre „Mubarak-Apparat“ aufzubrechen. Die NDP ist nicht einfach eine Partei, sie ist das System. So ist beispielsweise in den letzten Jahrzehnten ein dichtes Korruptionsnetz entstanden. Angesichts niedriger Beamtengehälter sind öffentliche Dienstleistungen nur noch über kleine Schmiergeldzahlungen erhältlich. Und es ist schon lange nicht mehr die Entscheidung eines einzelnen, hier nicht mitzumachen. Der jeweilige Vorgesetzte erwartet seinen Anteil und der Vorgesetzte vom Vorgesetzten auch. Darüber hinaus erhalten die Arbeiter in vielen Dienstleistungsberufen heute überhaupt keinen Lohn mehr, sondern leben komplett vom „Bakschisch“. Wie Baradei diesen Missstand angesichts leerer Staatskassen beheben will, muss er erst noch profund darlegen.

Die Chancen Baradeis im nächsten Jahr werden natürlich auch vom Grad der Wahlfälschung abhängen. Allerdings belebt der Überraschungskandidat bereits jetzt das politische System Ägyptens wie lange keiner mehr. Das von ihm und diversen Oppositionsparteien erst im Februar gegründete Bündnis „Nationale Vereinigung für den Wechsel“ ist politisch breit angelegt und reicht potenziell von der teils illegalen Linken bis hin zu den Muslimbrüdern. Der Wechsel ist möglich. Derzeit versucht Baradei, seine bisher nur auf die politischen Spitzen begründete Basis zu vertiefen und tingelt durch die Lande, wie Gamal Mubarak auch.

Wilde Streiks

Das Potenzial für größere Veränderungen ist offensichtlich: Die Privatisierung von Staatsbetrieben geht mit Massenentlassungen einher. Und die Durchschnittslöhne nicht nur der Arbeiter in diesen Betrieben liegen unter der Armutsgrenze. „Die geschätzte Armutsrate liegt auf dem Land bei 40 Prozent“, sagte der Präsident des Ägyptischen Rechnungshofsⁱⁱⁱ auf Weltbank-Zahlen gestützt im März, „und bei 18 Prozent in den Städten.“ Er widersprach damit den weitaus regierungsfreundlicheren Angaben des Wirtschaftsministers.

Angesichts dieser Lage wird seit einigen Jahren immer wieder gestreikt, und zwar illegal, da der offizielle, von der NDP kontrollierte Ägyptische Gewerkschaftsverband die Proteste ablehnt. Trotzdem beteiligen sich immer wieder zehntausende Arbeiter, beispielsweise in den textilverarbeitenden Betrieben im Nildelta. Sie legen ihre Arbeit nieder und blockieren die Betriebe, um für Lohnerhöhungen und gegen Privatisierung zu kämpfen.

Im Dezember 2008 wurde nun erstmals eine unabhängige Gewerkschaft vom Gericht zugelassen, nämlich die der Grundsteuereintreiber. 40.000 von 47.000 Staatsbediensteten sind hier unter der Drohparole „Das Steueraufkommen wird sich auf Null belaufen“ organisiert, um eine gehaltmäßige Gleichstellung mit ihren im Finanzministerium sitzenden Kollegen durchzusetzen. Es geht dabei um nicht weniger als eine Erhöhung um 1.000 Prozent. 300 wurden bisher geschafft. „Wir sind Steuereintreiber“, erklärte Gewerkschaftsführer Kamal Abu Eita auf einer Konferenz am 26. März in Kairo, „und die Leute hassen uns, wie sie Polizisten hassen. Aber trotzdem erhalten wir in unserem Kampf große Unterstützung.“ Diesen seien sie bereit, „bis zum Tode“ weiterzuführen.

Sayed Habib, Arbeiter in einer der großen staatlichen Textilbetriebe, schlug nach Eita deutlich leisere Töne an und wählte seine Worte sehr sorgfältig. Denn im Gegensatz zu den Steuereintreibern, auf deren Dienste der Staat angewiesen ist, sehen sich die Textilarbeiter ungeschützt weiteren Kündigungen ausgesetzt. Der Sektor ist in Ägypten ein Zuschussgeschäft; mit den Produzenten in Ostasien kann man nur schwer mithalten. Sich des ungeteilten polizeilichen Interesses gewahr, erzählte Habib von den Massenstreiks in Mahalla aber scheu aus der Perspektive eines unbeteiligten Beobachters. Der Einsatz für die Rechte von Arbeitern außerhalb der staatlichen Gewerkschaft wird von der Regierung mit langen Gefängnisstrafen und den Mitteln eines weitgehend unkontrolliert agierenden Sicherheitsapparats bekämpft.

Trotzdem sei das ägyptische System kein „stabiles autoritäres Regime“, so der Politikwissenschaftler Bruce Rutherford^{iv} und sieht die – im positiven Sinne – „aggressiv auftretende Justiz“ als Hoffnungsträgerin. Die Richter-Vereinigung fordere die Exekutive offen heraus und werbe für gesetzliche und politische Reform. Als ein Beispiel dafür kann die gerichtliche Zulassung der bereits erwähnten unabhängigen Steuereintreibergewerkschaft gelten, die allerdings noch keinen Schutz vor polizeilichen Übergriffen bietet.

Handel mit Mandaten

Darüber hinaus bezeichnet Rutherford die Muslimbrüder mit ihren Forderungen als wichtigen Motor für demokratischen Wandel. Wenn der Wert einer konservativen politischen Bewegung so eingeschätzt wird, dann ist das zumindest ein deutliches Zeichen dafür, dass in einem Land etwas im Argen liegt. Die Muslimbrüder engagieren sich seit Jahren für den Schutz der Bürgerrechte, für höhere Rechenschaftspflicht der Regierung, gegen Monopole, Korruption, Privatisierung, Steuersystem und Schuldenpolitik.^v Ihre Wohlfahrtseinrichtungen versorgen darüber hinaus viele Bedürftige. 2005 schafften sie es, mit 88 Abgeordneten ins Parlament einzuziehen. Es hätten noch mehr werden können, hätte sich die Regierung aus dem zweiten und dritten Wahlgang herausgehalten.

Einen ähnlichen Erfolg der Islamisten will die NDP in diesem Jahr sicherlich ausschließen. Beobachter rechnen damit, dass die Muslimbrüder nur noch um die 20 Sitze erhalten (dürfen). Bereits vor drei Jahren wurde die Bildung von Parteien mit religiöser Grundlage verboten. Für die mit „unabhängigen“ Kandidaten antretenden Muslimbrüder bedeutet das, eine größere Verhaftungswelle in ihre Wahlkampfarbeit einzukalkulieren.

Im Gegenzug, so heißt es, habe die NDP der linken Tagammu, der Wafd-Partei und anderen Angebote zu höherer parlamentarischer Beteiligung unterbreitet. So schlägt die Regierung zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen können diese Parteien auf diese Weise davon „überzeugt“ werden, Baradei nicht zu unterstützen. Zum anderen bildet das Sammelsurium mehr oder weniger höriger linker und liberaler Kleinparteien die international gern gesehene, aber handzahme Opposition.

Land im Umbruch

Es liegt nahe, dass auch in einem Land, dessen Politik, Wirtschaft, Sicherheitsapparat, Gewerkschaften und vieles andere von wenigen mit eiserner Hand kontrolliert werden, der gesellschaftliche Unmut wächst, wenn die Interessen größerer Teile der Gesellschaft nicht mehr befriedigt werden. Um die Lage unter Kontrolle zu behalten, muss die NDP diesen Unmut kanalisieren und zumindest im Ansatz Möglichkeiten für breitere politische Beteiligung schaffen. Das ist die Hoffnung Baradeis und seiner „Nationalen Vereinigung“, wie auch immer sie sich am Wahltag dann zusammensetzen mag.

Erwartet wird eine Zunahme internationalen Drucks hin auf demokratische Öffnung, zumindest in Bezug auf die nicht-islamische Opposition – sofern die Stabilität des Friedensvertrags mit Israel nicht gefährdet wird. War Ägypten einmal regionales

Schwergewicht, nimmt diese Bedeutung immer mehr ab^{vi} und damit auch der internationale Bedarf nach einer loyalen Regierung an Nil. Die Türkei bastelt unter anderem an ihrer Position im Libanon, in Syrien und in Palästina. Und der Iran übt regierungsbildenden Einfluss^{vii} im Irak aus und ist wichtiger Unterstützer der libanesischen Hisbollah und der palästinensischen Hamas. Auch das finanzkräftige Saudi-Arabien wird sich nach zwei diplomatischen Misserfolgen (Arabische Friedensinitiative 2002/7, Vermittlung zur palästinensischen Einheitsregierung 2007) mittelfristig wieder einschalten.

Der auf internationalem Parkett erfahrene und im Westen beliebte Baradei könnte vor diesem Hintergrund sicherlich auch außenpolitisch neue Akzente setzen und seinem Land zu neuem Glanz verhelfen.

Am Ende liegt auch in Ägypten die Entscheidung beim Wahlvolk. Es fragt sich eben nur, wieviel davon.

ⁱ Farah, Nadia Ramsis: Egypt's Political Economy. Power Relations in Development, Cairo, 2009, S. 81

ⁱⁱ El-Din, Gamal Essam: Baradei is back again, in: Al-Ahram Weekly, 25-31 March 2010, p. 3.

ⁱⁱⁱ MPs, Egypt govt disagree over poverty rate, Egypt News, 23 March 2010, <http://news.egypt.com/en/201003239929/news/-egypt-news/mps-egypt-govt-disagree-over-poverty-rate.html>.

^{iv} Rutherford, Bruce K.: Egypt after Mubarak. Liberalism, Islam, and Democracy in the Arab World, Princeton, 2008, S. 2.

^v Hamzawy, Amr/Brown, Nathan: The Egyptian Muslim Brotherhood. Islamist Participation in a Closing Political Environment, Carnegie Papers No. 19, March 2010, S. 28.

^{vi} Ottaway, David B.: Egypt after Mubarak, Los Angeles Times, 30 March 2010, <http://articles.latimes.com/2010/mar/30/news/la-Oe-ottaway30-2010mar30>.

^{vii} El-Labbad, Mustafa: Seven fat years for Iran, Al-Ahram Weekly, 15-21 April 2010.